

10 Thesen für Fortschritt und Gerechtigkeit in unserem Land und unserer Region

Pforzheim und vor allem der Enzkreis stehen auf den ersten Blick gut da. Ob die deutlich bessere Beschäftigungssituation, die größte Rentensteigerung seit 23 Jahren, Mütterrente und abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren, mehr Geld für den Städtebau, bessere Leistungen in der Pflegeversicherung, ElterngeldPlus¹, der Ausbau von Kitas und Sprachkitas, die zusätzlichen Weiterbildungsangebote der Bundesagentur für Arbeit gerade für Beschäftigte in kleinen und mittelständischen Unternehmen oder auch der Mindestlohn – **die Erfolge sozialdemokratischer Politik kommen bei uns in der Region an.**

Gleichzeitig ist klar: Trotz der guten Entwicklungen dürfen wir die großen Herausforderungen der kommenden Jahre nicht aus dem Blick verlieren. Ein schlichtes “weiter so”, wie es die Union propagiert, wird nicht ausreichen, wenn wir Deutschland und unsere Region auch in Zukunft erfolgreich gestalten wollen. Ob die schlechte Bezahlung in sozialen Berufen, ob Fachkräftemangel oder Investitionsstau bei Schulen und Infrastruktur – nicht alles darf so bleiben, wie es ist. **Mein Anspruch als Bundestagsabgeordnete: Unser Land und Pforzheim und den Enzkreis in den kommenden vier Jahren gerechter, sicherer und moderner machen.** Dafür bedarf es einer klugen Politik in den folgenden zehn Handlungsfeldern²:

- 1** Den Arbeitsmarkt der Zukunft gestalten
- 2** Familien und Kinder besser unterstützen
- 3** Fachkräftebedarf sichern und Integration in Arbeit
- 4** Vorfahrt für Investitionen
- 5** Starke Schultern tragen mehr als schwache
- 6** Ein innenpolitisch leistungsfähiger Staat
- 7** Sinkflug der Rente stoppen
- 8** Erwerb von Wohneigentum erleichtern
- 9** Soziale Berufe aufwerten
- 10** Entwicklungsarbeit statt Rüstung in einem starken Europa

¹Im 1. Vierteljahr 2017 haben in Pforzheim und dem Enzkreis laut Statistischem Bundesamt 3509 Elterngeld bezogen. Mit 12,2 Prozent liegt der Väteranteil unter dem Bundesdurchschnitt von 22,2 Prozent.

²Weitere Ideen finden sich im Regierungsprogramm der SPD auf www.spd.de.

1 Den Arbeitsmarkt der Zukunft gestalten

Unser Leben und unsere Wirtschaft werden digitaler. In Baden-Württemberg sind Pforzheim und der Enzkreis überdurchschnittlich stark vom digitalen Wandel betroffen.³ Das heißt: In vielen Tätigkeitsfeldern könnte die Mehrheit der Aufgaben schon heute von Computern oder computer-gesteuerten Maschinen erledigt werden. Für mich als Arbeitsmarktexperten ist klar, dass wir diesen Wandel aktiv gestalten müssen. Andernfalls werden wir erleben, dass die Qualifikationen der Beschäftigten immer schneller entwertet werden. Wo heute noch gute Löhne gezahlt werden, wird demnach morgen weniger verdient oder es droht gar Arbeitslosigkeit.

Ich setze mich deshalb für einen Paradigmenwechsel ein: Ausbildung ist keine einmalige Veranstaltung am Beginn des Lebens, sondern eine Aufgabe über die gesamte Erwerbsbiografie hinweg. Wir müssen – gerade in Pforzheim und dem Enzkreis – massiv in Weiterbildung investieren. Vor diesem Hintergrund wird die SPD eine umfassende Infrastruktur für Weiterbildungsberatung aufbauen, eine Weiterbildungsoffensive starten und die Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung weiterentwickeln. Darüber hinaus wollen wir ein Recht auf Weiterbildung für die Beschäftigten gesetzlich verankern.

2 Familien und Kinder besser unterstützen

Familien und Kinder brauchen mehr politische Unterstützung. Ich will gleiche Chancen für alle, egal wessen Kind man ist. Kinder gehören in den Mittelpunkt und **Kinderrechte gehören ins Grundgesetz.** Wir haben mit dem Elterngeld Plus das Elterngeld flexibler gemacht – aber immer mehr Eltern fragen sich, wie sie die Doppelbelastung von Kindern im Schulalter und pflegebedürftigen Eltern schaffen sollen. Der Trend zur späteren Elternschaft verstärkt den Druck auf Familien. **Darauf muss kluge Politik mit einem Dreiklang aus Zeit, Infrastruktur und Entlastung reagieren.** Deshalb will die SPD eine Familienarbeitszeit einführen, um beide Eltern mit bis zu 150€ monatlich dabei zu unterstützen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, um mehr Zeit mit den Kindern zu verbringen oder sich um die Pflege von Angehörigen zu kümmern. Für eine bessere Infrastruktur wollen wir das Angebot an Krippen, Kitas, Kindertagespflege und Ganztagschulen ausbauen sowie einen **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern einführen.** Um Familien erheblich zu entlasten werden wir die **Kita-Gebühren abschaffen.**

Fast ein Fünftel der Kinder in Baden-Württemberg wird von Alleinerziehenden⁵ aufgezogen. Sie brauchen das besondere Augenmerk der Politik. Vor allem alleinerziehende Frauen sind häufig von Erwerbs- und Altersarmut betroffen. Unter der Erwerbsarmut leiden auch deren Kinder enorm. Ihrer Situation nehmen wir uns besonders an. Auf meine Initiative hin wird die SPD ein **Bundesprogramm zur Teilzeitausbildung** auf den Weg bringen. Damit haben wir gerade bei uns vor Ort hervorragende Erfahrungen gemacht. Ebenso wichtig wird sein, endlich das bislang von der Union blockierte **Rückerecht von Teilzeit in Vollzeit** zügig umsetzen.

Damit junge Menschen genügend Sicherheit und Perspektiven für die Gründung einer Familie haben, müssen wir darüber hinaus die **sachgrundlose Befristung von Arbeitsverträgen** endlich abschaffen. Inzwischen sind fast ein Fünftel aller Beschäftigungsverhältnisse von 25- bis 34 Jährigen befristet – bei Neueinstellungen ist es sogar die Hälfte. Das darf so nicht bleiben!

3 Fachkräftebedarf sichern und Integration in Arbeit

Der Fachkräftemangel trifft unseren Standort schon heute. Nach Zahlen der Industrie- und Handelskammern Baden-Württemberg⁴ fehlen unserer Region aktuell rund 2000 Fachkräfte.

Prognosen zeigen, dass sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren weiter verschärfen wird: Bereits im Jahr 2030 wird sich der Fachkräfteengpass auf rund 20.000 verzehnfacht haben

³ Siehe „Digitalisierung der Arbeitswelt - Folgen für den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg“, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2016).

⁴ Laut WSP sind in Pforzheim 2015 2905 Haushalte Alleinerziehend, das sind 23,5 Prozent aller Haushalte. Dort leben 4170 Kinder unter 18 Jahren.

⁵ Fachkräftemonitor der der Industrie- und Handelskammern Baden-Württemberg (2017)

und damit zu einer echten Bedrohung für unseren Wirtschaftsstandort. Wir müssen allen jungen Menschen eine **Ausbildungsgarantie** geben und dafür sorgen, dass der Wunsch vieler Frauen auf einen Beruf nicht an fehlender Infrastruktur für Betreuung scheitert.

Doch das alleine wird nicht ausreichen. **Ohne qualifizierte Zuwanderung werden wir den Fachkräftebedarf nicht stillen können. Wir brauchen dringend ein Einwanderungsgesetz**, das transparente Regeln für Arbeitsmigration nach Deutschland schafft und sich an unseren wirtschaftlichen Interessen ausrichtet. Deshalb will die SPD ein flexibles und an der Nachfrage nach Fachkräften orientiertes Punktesystem nach kanadischem Modell einführen. Dabei werden Kriterien wie berufliche Abschlüsse, Berufserfahrung, Sprachkenntnisse, Alter und Integrationsfähigkeit berücksichtigt. Wer ausreichend fachliche Qualifikationen und ein Jobangebot hat, kann nach Deutschland einwandern.

Gleichzeitig müssen wir jene, die wir als Schutzsuchende bei uns aufgenommen haben, so schnell wie möglich in qualifizierte Arbeit integrieren. Mit dem Integrationsgesetz wurden auf Bundesebene bereits die Weichen für die Integration in Ausbildung und Arbeit und damit für das Gelingen von Integration insgesamt gestellt. Doch wir sind noch nicht am Ziel. In den nächsten Jahren wird es darauf ankommen, die **verpflichten-**

den und berufsqualifizierenden Sprachkursangebote auszubauen, genauso wie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote. Gleichzeitig müssen wir von den Geflüchteten erwarten, dass diese Angebote auch wahrgenommen werden. Die SPD wird die **Städte und Gemeinden bei der Finanzierung dieser wichtigen Arbeit weiterhin unterstützen.**

Trotz der insgesamt hervorragenden Bilanz sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik und einem Rekordhoch von fast 32 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, profitieren nicht alle von diesem Aufschwung. So beobachten wir einen Sockel verfestigter Langzeitarbeitslosigkeit. Bundesweit gehen wir von rund 200.000 Personen aus, die keine realistische Chance am ersten Arbeitsmarkt haben. **Trotz positiver Entwicklung in den vergangenen Jahren, sind noch immer zu viele Menschen in unserer Region dauerhaft von regulärer Beschäftigung ausgeschlossen.**⁷ **Für mich ist klar: Jeder einzelne ist einer zu viel.** Wir sollten nicht vergessen, welche Wirkung der fehlende Zugang zu Arbeit auf die Kinder hat, die in diesen Umfeldern aufwachsen. Deshalb will die SPD noch mehr in **öffentlich geförderte Beschäftigung** investieren und über Lohnzuschüsse einen echten **sozialen Arbeitsmarkt** auf den Weg bringen. Das Programm Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt werden wir als Regelleistung im SGB II verankern und die Jobcenter besser ausstatten.

4 Vorfahrt für Investitionen

Unter den Industrieländern hat Deutschland eine der schlechtesten öffentlichen Investitionsquoten. So diagnostiziert die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit Blick auf die kommunale Infrastruktur nach wie vor einen hohen Investitionsrückstand.⁶ Als Sozialdemokratin gilt für mich: **Vorfahrt für Investitionen!** Statt pauschaler Steuerentlastungen, von denen auch Reiche profitieren, müssen wir mehr Geld für unsere Kinder, für eine leistungsfähige Infrastruktur und für den sozialen Zusammenhalt in die Hand nehmen. **Pforzheim und der Enzkreis brauchen Investitionen in gute Schulen mit moderner Ausstattung und in ein besseres Betreuungsangebot in Krip-**

pen, Kitas, der Kindertagespflege sowie in Horten und Ganztagschulen. Unsere Region braucht Investitionen in die Sicherung unseres Fachkräftebedarfs. Deshalb müssen Ausbildung ebenso wie das Erststudium bis zum Master und zur Meister- und Technikerprüfung gebührenfrei sein. Pforzheim und der Enzkreis brauchen Investitionen für eine moderne digitale Infrastruktur mit flächendeckendem schnellen Internet bis 2025. Klar ist: Angesichts hoher Überschüsse lässt die aktuelle Haushaltslage des Bundes ausreichend Spielräume: **Wenn wir jetzt nicht investieren, verspielen wir Zukunft!**

⁶ KfW-Kommunalpanel 2017: Entspannung, aber keine Entwarnung (2017).

⁷ In Pforzheim beziehen 3969 Menschen seit vier Jahren und länger Arbeitslosengeld II. Im Enzkreis sind es 1074 Menschen. (Bundesagentur für Arbeit / Statistik (Dezember 2016)).

5 Starke Schultern tragen mehr als schwache

Gerade tragen Familien, Alleinerziehende sowie kleine und mittlere Einkommen eine zu große Steuer- und Abgabenlast. Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache, deshalb wollen wir **Gering- und Mittelverdiener entlasten**: Bei der Einkommensteuer, mit der Abschaffung der Kita-Gebühren, durch die Abschaffung des Solidaritätszuschlags für kleine und mittlere Einkommen ab 2020, durch einen Familientarif mit Kinderbonus, die Rückkehr zur Parität bei den Krankenkassenbeiträgen sowie für kleine Einkommen bei den Sozialabgaben. Den Spitzensteuersatz wollen wir linear progressiv von heute 42

Prozent auf künftig 45 Prozent anheben, der dann erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 76200€ für Singles beziehungsweise 152400€ für Ehepaare fällig wird.

Eine Familie in Pforzheim beispielsweise – der Vater Alleinverdiener mit einem Jahreseinkommen von 62.400€ als Facharbeiter, zwei kleine Kinder – **wird nach unseren Vorschlägen um rd. 3.815€ pro Jahr entlastet** (Einkommensteuer = rd. 90€; Solidaritätszuschlag = rd. 235€; Familientarif mit Kinderbonus = rd. 440€; GKV = rd. 290€; Kita Gebühren = rd. 2.760€⁸)

6 Ein innenpolitisch leistungsfähiger Staat

Dass Pforzheim nach jahrelangem Ringen nun doch wieder ein Polizeipräsidium erhält, ist eine gute Nachricht für unsere Region und ihre Menschen. Gleichwohl: Ob Wohnungseinbrüche oder terroristische Bedrohungen - in den kommenden Jahren stehen unser Land sowie Pforzheim und der Enzkreis vor großen Herausforderungen. **Um für alle Menschen in unserem Land Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten, stand und steht die SPD auch innenpolitisch für einen leistungsfähigen Staat.** Deshalb wollen wir mehr Polizistinnen und Polizisten auf unsere Straßen bringen. Für eine bessere und schnellere Aufklä-

rung sogenannter Alltagskriminalität wie Wohnungseinbrüche und Diebstahl brauchen wir mehr Ermittlerinnen und Ermittler. Dafür wollen wir die Polizei besser ausstatten. **In Bund und Ländern werden wir 15.000 neue Polizeistellen auf den Weg bringen.** Ausländerinnen und Ausländer, die schwere Straftaten begehen, müssen nach Verbüßung ihrer Strafe unverzüglich abgeschoben werden. **Gegenüber Hasspredigern muss eine Null-Toleranz-Politik durchgesetzt werden.** Das heißt: Extremistische islamistische Moscheen schließen und ihre Finanzierung unterbinden.

7 Sinkflug der Rente stoppen

Über 70000 Rentnerinnen und Rentner in Pforzheim und dem Enzkreis müssen sich auf eine gute gesetzliche Rente verlassen können. Anders als die Union gerne glaubt, besteht vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung dringender Handlungsbedarf, um eine generationengerechte Alterssicherung zu gewährleisten. Deshalb brauchen wir eine doppelte Haltelinie für Rentenniveau und Beitragssatz. Die SPD tritt dafür ein, bis zum Jahr 2030 das **Rentenniveau auf dem aktuellen Stand von 48 Prozent zu stabilisieren und gleichzeitig die Beiträge bei 22 Prozent zu deckeln.** Handeln wir nicht, wird das Renten-

niveau bis 2030 auf 43 Prozent abfallen. Klar ist auch: **Wer gearbeitet hat muss mehr haben als der, der noch nie gearbeitet hat.** Deshalb führen wir für langjährig Versicherte (35 Beitragsjahre) eine steuerfinanzierte Solidarrente ein. Diese soll zehn Prozent über dem regionalen Grundsicherungsbedarf liegen. Zudem mache ich deutlich: **Während die Union munter über den Renteneintritt mit 70 diskutiert, wird es mit uns keine weitere Anhebung geben.** Wir wollen stattdessen auch weiterhin flexible Renteneintrittsmöglichkeiten fördern, die unterschiedliche berufliche Belastungen und Erwerbsverläufe berücksichtigen.

⁸Zugrunde gelegt werden 30 Wochenstunden für 2 Kinder zwischen 3 und 6 Jahren bei einem anrechenbaren Einkommen von über 2.500€.

8 Erwerb von Wohneigentum erleichtern

Mit der Mietpreisbremse, höherem Wohngeld und mehr Mitteln für den sozialen Wohnungsbau hat die SPD viel für bezahlbares Wohnen durchgesetzt. Gleichzeitig wünschen sich 70 Prozent der Menschen in Deutschland Wohneigentum – insbesondere Familien mit Kindern. Die Eigenheimquote bleibt im europäischen Vergleich niedrig. Deshalb müssen wir junge Familien mit kleineren und mittleren Einkommen gezielt beim Eigentumserwerb unterstützen. **Statt sozial ungerechter Förderung nach dem Gieß-**

kannenprinzip will die SPD ein sozial gestaffeltes Familienbaugeld einführen. Das Familienbaugeld soll Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen mit direkten Zuschüssen zum Eigenkapital unterstützen. Damit schaffen wir für zahlreiche Familien mit unteren und mittleren Einkommen überhaupt die Voraussetzung für die Finanzierung eines Eigenwerbes, denn für sie stellt das bankübliche Eigenkapital von 15% des Kaufpreises oftmals eine große Hürde dar.

9 Soziale Berufe aufwerten

Die Beschäftigten in unserer Region, die in Gesundheits-, Pflege-, Erziehungs-, Sozial- und Bildungsberufen arbeiten, verdienen mehr Anerkennung. Deshalb kämpfe ich für eine Beschäftigungspolitik, durch die **soziale Dienstleistungen gestärkt werden.** Hier sind zum einen die Träger der Dienste und Einrichtungen, aber auch der Bund, Länder und Kommunen in der Verantwortung. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklung werden die sozialen Berufe weiter an Bedeutung gewinnen. Dieser Bedeutungszuwachs muss sich auch im Einkommen widerspiegeln. **Ich arbeite dafür, die sozialen Berufe aufzuwerten.** Das jüngst verabschiedete Pflegeberufereformgesetz war ein wichtiger erster

Schritt, reicht aber noch nicht aus. Künftig muss aus der vollschulischen Ausbildung eine echte duale Ausbildung werden. **Dadurch machen wir sie nicht nur gebührenfrei, sondern schaffen zudem eine Ausbildungsvergütung,** was die Attraktivität deutlich steigern wird. Weiter müssen wir einen **Pakt für anständige Löhne** auf den Weg bringen und die Mitbestimmung insgesamt stärken. Die SPD hat sich entsprechend positioniert, den Weg der gesetzlichen Privilegierung der Tarifpartnerschaften fortzusetzen. Um der Zersplitterung der arbeitsrechtlichen Vereinbarungen und der Tarifabschlüsse zu begegnen, ist ein allgemeinverbindlicher **Branchentarifvertrag Soziales** notwendig – diesen Weg begleite ich aktiv.

10 Entwicklungsarbeit statt Rüstung in einem starken Europa

Als eine Partei, die sich seit über 150 Jahren für Frieden einsetzt, machen wir deutlich: Noch mehr Waffen und Aufrüstung werden die Konflikte nicht lösen sondern nur noch mehr Menschen dazu bewegen, ihre Heimat zu verlassen. Die politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen gilt es weiterzuentwickeln. Die SPD wird eine Gesetzesinitiative zur Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen, die ein **grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, NATO und vergleichbaren Ländern enthält.** Im Gegensatz zur Union lehnen wir eine apodiktische Festlegung auf das 2 Prozent Ziel der Nato ab, denn es würde bedeuten, dass Deutschland seinen Verteidigungsetat verdop-

pelt. Stattdessen geben wir ein starkes Signal für eine gute Entwicklungspolitik: **Für jeden Euro den wir mehr für Rüstung ausgeben stellen wir 1,50€ für die Entwicklungsarbeit bereit.**

Für mich ist klar – Europa war nicht nur die Antwort auf die Verwerfungen des zwanzigsten Jahrhunderts, sondern ist auch der richtige Weg für die Herausforderungen des einundzwanzigsten Jahrhunderts. Je globaler die Herausforderung, ob Flüchtlings- oder Finanzkrise, desto lauter rufen die Populisten nach nationalen Lösungen. Das wird nicht funktionieren. **Europa ist kein Souveränitätsverlust, sondern ein Souveränitätsgewinn. Nur gemeinsam werden wir künftig noch eine Stimme in der Welt haben.**